



Franziska Becker MdB

Franziska Becker (MdB) | SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin | D-10111 Berlin

Tätigkeitsbericht an den Kreisvorstand der
SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
Abgeordnetenhaus von Berlin
SPD-Fraktion
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Sprecherin für Berufliche Bildung
Vorsitzende des Arbeitskreises Arbeit,
Integration, Berufliche Bildung, Frauen

Telefon (030) 23 25-22 81

franziska.becker@spd.parlament-berlin.de
www.becker2011.de

Berlin, 30. April 2013

Bericht über meine tägliche parlamentarische Arbeit

1. Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

- *StS a.D. Dilmaghani:*

Infolge der Demission ist momentan nicht erkennbar, wer ihm folgen wird. Es wird lt. Senatorin Kolat eine Nachfolge gesucht. Derzeit vertritt StS Loth die Senatorin, die interimswise den Arbeitsbereich Arbeit (neben dem angestammten Frauenressort) übernommen hat.

- *BerlinArbeit – Rahmenarbeitsmarktprogramm:*

Die Fertigstellung des Rahmenarbeitsmarktprogrammes zu BerlinArbeit, ein Novum in der Stadt, erfolgt meines Wissens nicht vor Sommer 2013 (schwierig abzuschätzen). Die Fertigung befindet sich im Abstimmungsprozess zwischen Senatsverwaltung, Regionaldirektion, Sozialpartnern und Kammern, die gemeinsam unterzeichnen sollen.

BerlinArbeit im Internet:

<http://www.becker2011.de/nachrichten/6047811.html> - oder Details bitte bei mir nachfragen.

- *Anonymisierte Bewerbungsverfahren:*

Die Koalition hat am 11.4.2013 ein Pilotprojekt beschlossen, worüber der Senat bis Ende Juni 2014 berichten soll. Dabei soll eine ausreichende Anzahl anonymisierter Bewerbungsverfahren erprobt werden, ob sie als Personalauswahlinstrument für die wünschenswerten Zwecke geeignet und praxistauglich sind. Einerseits sollen diskriminierungsfreie Zugänge zu Arbeit und Ausbildung besser ermöglicht werden und andererseits ein Beitrag zu mehr interkultureller Öffnung geleistet werden. Geltungsbereich sind die Verwaltungen und Landesbetriebe. Die Federführung für das Projekt liegt bei SenV AIF. Grundsätzlich ist SenV Inn bei Personalauswahlverfahren für den ÖD federführend.

Siehe dazu Pressemeldung der Koalition: <http://www.becker2011.de/nachrichten/6736656.html>).

- *Bericht der Sonderkommission für die Ausbildungsplatzsituation und Fachkräfteentwicklung (Soko):*

Im Ausschuss berichtete Senatorin Kolat auf meine Nachfrage in der aktuellen Viertelstunde v.

25.4.2013 über die Ergebnisse der letzten Sitzung der Soko vom 19.4.2013. Die Soko tagt unter der Federführung des Regierenden Bürgermeisters.

Zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt: Unterm Strich ist das Ausbildungsjahr 2012 ausgeglichen und die Lage stabil, trotz der Besonderheiten wie doppelter Abi-Jahrgang und Aussetzung von Wehr- und Zivildienst, die voraussichtlich im bevorstehenden Ausbildungsjahr ein Thema bleiben werden (stabil aber leider nicht in Bezug auf die AltbewerberInnen). Alles in allem haben die Verbände ihre Zusagen weitgehend eingehalten.

Besorgniserregend sind drei Entwicklungen: Die Ausbildungsquote und Ausbildungsbetriebsquote, bei der Berlin im bundesdeutschen Vergleich jeweils an letzter Stelle liegt (dito bei der Jugendarbeitslosigkeit). Hier ist die Wirtschaft gefordert, Angebots- und Nachfrageprobleme besser unter einen Hut zu bringen und ggf. weniger „wählerisch“ zu sein (sog. Mismatch bekämpfen). Ebenfalls Schlusslicht ist Berlin bei den Ausbildungsabbrüchen, also der vorzeitigen Lösung von Ausbildungsverträgen. Die Soko empfiehlt u.a. eine stärkere branchen- und berufsspezifische Herangehensweise. Insgesamt brauchen wir mehr duale Ausbildungsplätze, damit Jugendliche bessere Chance erhalten, Berufe auszuwählen, die ihren Neigungen und Interessen entsprechen. Beispielsweise sind in einigen Branchen die Ausbildungsbedingungen schlecht, etwa im Gaststätten- und Hotelgewerbe, aber auch im Frisörhandwerk. Berufsspezifisch bezieht sich darauf, dass immer noch zu oft Ausbildungsberufe öffentlich gefördert werden, die perspektivisch nur unzureichend in den Arbeitsmarkt integrieren. Hier ist eine Menge an Wildwuchs entstanden. Zur Verbesserung der Situation von Jugendlichen mit **Leistungshemmnissen** sollen die Kampagnen *Berlin braucht Dich* und das *BQN-Netzwerk* ausgeweitet werden. Weiter verfolgt die Soko die Aufgabe, bei der **Berufsorientierung** Mindestanforderungen zu formulieren (Berufsorientierung beginnt in den Schulen ab 7. bzw. 8. Klasse).

Last but not least wird die Soko-Ebene in nächster Zeit die Frage vertiefen, ob „**Jugendberufsagenturen**“, in Anlehnung an das Hamburger Modell, das derzeit als heißes Vorbild gehandelt wird, auch ein geeignetes Konstrukt für Berlin sein könnte. Für die beiden letztgenannten Themen ist die SenV Schule federführend. Dazu soll angabegemäß bis Ende 2013 eine ressortübergreifende AG eingerichtet werden, die erst in einem Jahr, wenn die Soko wieder tagt (!), erste Ergebnisse präsentieren wird.

Im Ausschuss hatten wir im November und im April jeweils eine **Anhörung zur Beruflichen Bildung** auf meine Initiative. Hier der Link zum Wortprotokoll:

- Berufsvorbereitung (v. 29.11.2012) <http://www.parlament-berlin.de/ados/17/ArbIntFrau/protokoll/aif17-017-wp.pdf>

- BerlinArbeit und Jugendarbeitslosigkeit in Berlin-Brandenburg (v. 11.4.2013): <http://www.parlament-berlin.de/ados/17/ArbIntFrau/protokoll/aif17-023-wp.pdf>

2. Bildung und Wissenschaft

- *Programm zur Unterstützung von besonders belasteten Schulen (**Brennpunktschulen**):* Insgesamt gibt es 807 öffentliche Schulen in Berlin, von denen 207 als „problematisch“ gelten. Jede 4. gilt als Brennpunktschule, d.h. es gibt rd. 66 Brennpunktschulen (in Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es fünf Brennpunktschulen, davon je zwei Grund- und Förderschulen sowie eine ISS). Diese Schulen sollen dauerhaft zusätzliche öffentliche Mittel erhalten. Das ist der ausdrückliche politische Wille der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und der Senatsverwaltung für Schule. Zentrales Vergabe-Kriterium ist die Befreiung von den Lehrmitteln. Um Schulen mit einer schwierigen Sozialstruktur besser zu unterstützen, vergibt die Schulverwaltung ab 2014 gezielt Zuwendungen, die die Schulleitungen in eigener Verantwortung ausgeben sollen.

In Zahlen: 66 Schulen mit mehr als 75 % lernmittelbefreiten Kindern sollen einen jährlichen Zuschuss von 100.000,- Euro erhalten. Weitere 141 Schulen, bei denen mehr als 50 % Kinder lernmittelbefreit sind, sollen 50.000,- bzw. 62.500,- Euro jährlich erhalten.

Die Gewährung der Mittel ist auf sechs Jahre angelegt und kostet jährlich rd. 15 Mio. Euro. Der Erhalt dieser Mittel ist an Erfolgskriterien geknüpft, etwa bessere Zensuren oder mehr Schulabschlüsse; ansonsten wird die Zahlung eingestellt.

Die **Liste mit den Berliner Brennpunktschulen** könnt ihr bei mir per E-Mail anfordern.

- *Gründung eines LIBS (Landesinstitut Beruflicher Schulen):*
Die Senatsschulverwaltung stellte im März 2013 ein Papier der AG „**Berufliche Schulen zu Kompetenzschulen**“ vor. Ziel ist eine effektive(re) Organisationsstruktur für die Beruflichen Schulen, die ihrer hohen Bedeutung entsprechen soll. Dabei sind gesellschaftliche Partner, staatliche Verantwortung und größtmögliche schulische Selbständigkeit und Eigenverantwortung sicherzustellen. Das LIBS soll kein rechtlich eigenständiges Konstrukt werden.

Wer sich für das LIBS interessiert, kann am **Dienstag, 14. Mai 2013, 19.30 Uhr**, zum **Arbeitskreis Berufliche Bildung der SPD** in das Abgeordnetenhaus gehen (R. 376). Dort stellt StS Mark Rackles die Ideen erstmals der Partei vor und sich der Diskussion.

Das **AG-Papier im Internet:** <http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungspolitik/bericht.pdf?start&ts=1363785619&file=bericht.pdf>

- **Berufsanerkennungsqualifikationsgesetz (BQFG oder kurz Anerkennungsgesetz (von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen):**
Für den Mai 2013 hat die Senatsbildungsverwaltung endlich einen Gesetzentwurf für eine Landesregelung angekündigt. Das Gesetz ist dringend notwendig, um Migrantinnen und Migranten die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern und um zu verhindern, dass sie unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten müssen. Auf Bundesebene gibt es das Gesetz auf Initiative der SPD unter Olaf Scholz seit 1.4.2012. Nun fehlt eine Landesregelung für nicht auf Bundesebene reglementierte Berufe wie Lehrer, Erzieher oder Ingenieure. Am 21. März 2013 habe ich dazu im Plenum gesprochen.

3. Doppelhaushalt 2014/2015

Seit Mitte Februar melden die SenVen ihre Bedarfe an und fertigen Planungsentwürfe für den Finanzsenator. Bis Ende Mai erfolgen die sog. Chefgespräche. Am 18.6.2013 werden im Senat der Haushalt 2014/15 sowie die Eckwerte für die Finanz- und Investitionsplanung 2013-2017 beschlossen. (letzte werden am 13.8.2013 beschlossen). Der Haushalt wird voraussichtlich am 12.12.2013 im Plenum verabschiedet.

Die SPD-Fraktion führt am 7.6.2013 eine Haushaltsklausur durch (als Scherpunkte zeichnen sich v.a. Bauen, Wohnen und Bildung (Brennpunktschulen) ab.

4. Fachtagung zu „Fachkräftelücke vs. Ausbildungsplatzmangel – Auflösung eines Widerspruchs“

Am 25.4.2013 fand im Abgeordnetenhaus meine erste Veranstaltung statt, zu der ich als Sprecherin für Berufliche Bildung eingeladen hatte. Die Veranstaltung begann mit einem Grußwort durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh an die rd. 70 TeilnehmerInnen. Ihm folgten die Vorträge von *Willi Brase* MdB, *Hermann Nehls*, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes für den Bereich Aus- und Weiterbildung sowie *Rainer Schulz*, Geschäftsführer des HIBB (Hamburger Institut für Berufliche Bildung), denen eine anregende Diskussion folgte. Willi Brase stellte das Wahlprogramm der SPD

für die Berufliche Bildung vor und ein 10-Punkte-Programm, was nach der Wahl in einer möglichen SPD-Regierungskonstellation erfolgen soll, das aber noch nicht veröffentlicht ist. Hermann Nehls lenkte den Blick auf die europäische Ebene und nahm aus gewerkschaftlicher Sicht Stellung. Besondere Aufmerksamkeit bekam Rainer Schulz, der eloquent und eindrucksvoll das Hamburger Modell der Jugendberufsagenturen präsentierte und aufzeigte, wie das auch woanders umgesetzt werden könnte.

Die Veranstaltung bildete den Auftakt für eine Reihe von Diskussionsrunden zum Thema Berufliche Bildung. Die nächste Veranstaltung findet nach den Bundestagswahlen (Oktober) mit Berlin-Bezug statt.

Wer sich für das Thema interessiert und die mitgebrachten Anlagen der drei Referenten haben möchte, sendet mir bitte eine E-Mail.



Von links n. rechts: Hermann Nehls (DGB), Willi Brase MdB, Franziska Becker MdA, Rainer Schulz (HIBB) und Fraktionsvorsitzender Raed Saleh MdA

Eigentlich wollte ich nur auf 1,2 Seiten berichten. So ist das nun einmal, wenn frau erst einmal angefangen hat. Nun ist es ein kleiner Newsletter...

Einen hervorragenden und sonnigen kämpferischen 1. Mai



Foto: Uli Horb (2011)

wünscht euch

franziska